

Luke Gasser
Schlierenhölzlistrasse 2
6056 Kägiswil

www.lukegasser.com

Herrn Ständerat
Erich Ettl
Katzenrain 2
6064 Kerns

Kägiswil, 10. Oktober 2023

Offener Brief betr. unbeantworteter Fragen

Sehr geehrter Herr Ständerat
Lieber Erich

Rund vier Monate ist es her, dass ich Dir in einem offenen Brief Fragen zur zurückliegenden (und womöglich wieder neu anstehenden) Corona-Politik des Bundes gestellt habe. Damals konntest Du ja keinen Termin finden, um im Zuge meiner Film- und Buch-Veröffentlichung diese Fragen mit mir in einer öffentlichen Debatte zu erörtern. Da eine mündliche öffentliche Debatte von Deiner Seite aus nicht möglich sein wollte, musste ich meine Fragen in Form eines offenen Briefes an Dich stellen. Es waren dies jedoch nicht nur meine Fragen, sondern offenbar auch die Fragen von Tausenden von Bürgerinnen und Bürgern, die meinen offenen Brief auf den sozialen Medien und/oder auf meiner Website www.lukegasser.com gelesen, kopiert und geteilt haben; die Reaktionen darauf erreichten mich überaus zahlreich aus dem ganzen Kanton, kamen aber auch von ausserhalb, aus Zürich, Genf, aus der Redaktion der NZZ und sogar aus dem Vatikan. Du hast von dieser Resonanz sicher erfahren.

Angesichts dieses grossen Interesses ist es schwer nachvollziehbar, warum Du nicht wenigstens auf schriftlichem Weg auf meine Fragen vom 12. Juni 2023 geantwortet hast. Bis heute habe ich nämlich von dir nichts gehört und auch nichts gelesen (und ich habe von dir noch nicht einmal eine Eingangsbestätigung meines Schreibens erhalten, wie das wenigstens angemessen gewesen wäre, obwohl ich sehr genau weiss, dass Du mein Schreiben sogar noch vor dem 12. Juni von mir bekommen hast).

Mir ist inzwischen zu Ohren gekommen, dass Du behauptet haben sollst, mir durchaus geantwortet zu haben, ich dies aber öffentlich verschwiegen und die Antwort auch auf meiner Website nicht wie versprochen publiziert hätte. Ich hoffe sehr, dass diese Äusserungen eine reine Erfindung sind; wir wissen beide, dass Du mir auf eine Anfrage bezüglich der Filmpremiere vom 19. Mai eine Rückmeldung gegeben hast, (und das vermerkte ich ja so auch in meinem offenen Brief), doch hatten mich die darin enthaltenen Antworten nicht zufriedenstellen können (und auch das habe ich im offenen Brief genauso dargestellt). Klar ist: Auf die Fragen, die ich in meinem offenen und, wie erwähnt, vielbeachteten Briefs vom 12. Juni 2023 gestellt habe, hast du bis heute nicht geantwortet. Ich hatte sogar den Eindruck, dass Du mir dann auch an öffentlichen Anlässen, etwa am Brünig-Schwinget oder am Lungerer Seenachts-fest, sogar ausgewichen bist, statt mich in dieser Angelegenheit wenigstens mündlich zu adressieren.

Aber möglicherweise handelt es sich auch nur um ein Missverständnis: Womöglich erachtest Du Dein Mail vom 15. Mai 2023 als ausreichend - dies, obwohl ich Dir umgehend geantwortet habe, dass ich Deine Bemühungen zwar schätze, Deine Darlegungen für mich aber angesichts der sehr ernsten Thematik nicht ausreichen würden. Es fanden sich dort nämlich wiederholt Verweise auf angeblich unumstössliche Reglementarien, die als eine Art Persilschein zu deuten waren oder die Ausrede implizierten, euch seien die Hände gebunden gewesen. Auch reklamiertest Du für die Politiker und leider auch für Bundesstellen und Beamte selbst im Falle von Totalversagen eine Art Immunität.

Einige Deiner Rückmeldungen, die Du auf frühere Anfragen (also vor dem offenen Brief vom 12. 6. 23) gegeben hast, liessen mich zudem auch ob deren Kühnheit staunen: Da fand sich etwa die Behauptung, dass Covid19 ohne mRNA-Impfungen völlig aus dem Ruder gelaufen wäre; Du konntest oder wolltest für diese Behauptung jedoch keinerlei Beleg oder Beweis aufführen. Solche nicht unterlegten Behauptungen scheinen aber heute in der Bundespolitik gerade in Bezug auf Corona heute Usanz zu sein, wie das etwa der in meinem offenen Brief vom 12. 5. erwähnte Auftritt des SP-Parlamentariers und Bundesratskandidaten Daniel Jositsch in der SRF-Arena eindrücklich gezeigt hat, als dieser ohne über entsprechende Belege zu verfügen behauptete, die halbe Schweiz würde jetzt tot sein, hätte man die Bevölkerung nicht isoliert und die Mehrheit mit mRNA durchgeimpft.

Vorbemerkungen

Ich verstehe durchaus, dass unablässige Bürgerfragen lästig und nervend sein können (und das meine ich keineswegs ironisch), aber angesichts des Umfangs und der Ernsthaftigkeit der Corona-Thematik wäre zumindest eine Reaktion mehr als angemessen gewesen. Sei zudem versichert, dass viele Bürgerinnen und Bürger die von euch Politikerinnen und Politikern verfügte Corona-Handhabung - etwa die Aussperrungen, Schikanen und Diffamierungen, die den Ungeimpften angetan wurden - auch als unangenehm und lästig empfunden haben. Ich hoffe also auf Dein Verständnis, wenn ich nun Deinem Schweiger nicht ebenfalls mit einem Schweigen begegne. Wir wissen beide, dass das Corona-Kapitel noch keineswegs abgeschlossen ist - selbst wenn sich dass gewisse Kreise noch so sehr wünschen.

Auch die aktuellen Entwicklungen in der Schweizer Gesundheitspolitik, die Du ja als Präsident der Kommission für Gesundheit und soziale Sicherheit in gewissem Sinn mitverantworten hast, tragen kaum zur Beruhigung der Gemüter bei. Die Krankenkassen-Prämienhöhung von 8,7 Prozent hat alle Befürchtungen übertroffen. Die Misere ist offensichtlich: Die Krankenkassen-Prämien sind in elf Jahren um 40 Prozent gestiegen, während die Gesundheitskosten um 24 Milliarden Franken zugenommen haben. Doch hierfür allein Alain Berset verantwortlich zu machen, greift zu kurz: Bundesräte wirken nicht in einem politischen Vakuum, denn das Parlament redet bekanntlich mit und da wäre ja auch die entsprechende Kommission, die hier mitgewirkt hat - eben jene Kommission, der Du als deren Präsident vorstehst. Ich werde mich gegen Ende dieses Briefes noch dazu noch äussern.

Offenkundiger Verfassungsbruch

Wir sind uns beide bewusst, dass die Corona-Thematik längst nicht abgeschlossen ist, unabhängig vom Umstand, dass sich das viele und insbesondere die für die Corona-Politik Verantwortlichen wohl noch so sehr wünschen. Immerhin räumtest Du in deinem Mail vom 15. Mai ein, dass bei den Omikron-Varianten BA.4 und BA.5 vom Herbst 2021 die Impfung nur einen geringen Nutzen gehabt habe; auch für die Behauptung, die Spritze hätte zu mildereren Verläufen geführt, existieren bekanntermassen keine effektiven Belege. Wie denn auch? Bei den Spitälern fehlte gemäss deren eigenen Angaben ja offenbar aussagekräftiges Beweis- und Zahlenmaterial und sowohl das BAG als auch der Gesundheitsminister, Bundesrat Alain Berset, haben öffentlich eingeräumt, dass man für diese immer wieder auch von Behördenseite kolportierte Behauptung eines bei Geimpften angeblich mildereren Krankheitsverlaufs über entsprechende Zahlen tatsächlich gar nie verfügt habe.

Vor Ansteckung schützten die Impfungen also nicht und die angeblich auf der Impfung basierenden mildereren Verläufe sind bis heute eine Behauptung geblieben. Die Folge eurer Politik ist verheerend, denn das bedeutet nämlich, dass weder Du noch das BAG noch der Bundesrat in irgendeiner Weise beweisen bzw. rechtfertigen können und konnten, dass die Zertifikatspflicht einer gesundheitspolitischen Notwendigkeit entsprochen hätte. Dieser Umstand macht diese Zertifikatspflicht, die für viele einem Impfwang gleichkam und die fast einen Drittel der Schweizer Bevölkerung von ihren Grundrechten ausgeschlossen hat, mehr als nur problematisch, zumal sie in der Konsequenz letztlich zu einer Art Gesundheits-Apartheid geführt hat - was denn auch klar gegen Art. 8 der Bundesverfassung verstossen hat. Eure Zertifikatspolitik hat die Bevölkerung aufs Massivste gespalten und die verübte Willkür macht klar, dass das Corona-Impfzertifikat auch hinsichtlich Art. 9 der Bundesverfassung unstatthaft bzw. schlicht verfassungswidrig war.

Tatsache ist auch, dass der von den politischen Verantwortlichen befeuerte Impf-Wahn, der in seiner Vehemenz durch nichts zu rechtfertigen ist und war, den Landesfrieden unnötig aufs Spiel gesetzt und Freundschaften, sogar Ehen und ganze Familie im Streit auseinandergerissen hat. Immer aggressiver wurden da jenen, die sich - aus guten Gründen, wie sich heute zeigt - nicht spritzen lassen wollten, Unannehmlichkeiten und sogar existenzbedrohende Sanktionen angedroht - auch vom Parlament und vom Bundesrat.

Man konnte sich unter Beibehaltung der Vernunft nur noch wundern, wie da die Geimpften - begleitet und angeheizt von einer flächendeckenden und überaus lauten Medien-Hetze (die teilweise unbestreitbar sogar den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt hat) - unglaublich gehässig und sogar hasserfüllt über Nichtimpfwillige hergezogen sind. Dies erscheint noch absurder angesichts des Umstands, dass die Geimpften ja doch selbst vom Schutz ihrer Impfung sehr überzeugt waren und deshalb gemäss ihrer Überzeugung und Lesart von den Ungeimpften doch aber gar nichts zu befürchten gehabt hätten. Oder habe ich die Logik und das Prinzip einer Impfung nicht verstanden?

Wenn aber die Impfung vor Ansteckung doch nicht schützte, wozu sollte sie dann gut oder gar nötig sein und sogar zur befohlenen nationalen Pflichtübung werden? Hat man angesichts der trotz mRNA-Spritze erfolgten Massen-Ansteckungen von Geimpften also deshalb die Impfung einfach stracks in ein Medikament umgewandelt, welches neu zwar nunmehr keinen Schutz, aber einen angeblich milderen Krankheitsverlauf versprach? Das wäre dann aber de facto eine Umfunktionierung eines Vakzins in ein Medikament gewesen, das als solches doch eigentlich neu hätte zugelassen werden müssen...

Du siehst also, lieber Erich, es türmen sich angesichts eurer Corona-Politik die Fragen - Fragen, die sich im Kontext von Rechtsstaat und Verfassung elementar erweisen.

Elementare Verstösse gegen recht und internationale Abmachungen

Erschwerend hinzu kommt, - ich führte das ja bereits im offenen Brief vom 12. Juni aus -, dass diese mRNA-Impfungen von den zuständigen Behörden nur provisorisch zugelassen worden sind, was sie im rechtlichen Sinn klar und eindeutig zu einem experimentellen medizinischen Eingriff gemacht hat. Ein solcher darf gemäss Recht und gemäss des von der Schweiz ratifizierten Nürnberger Kodex unmissverständlich aber nur an vulnerable Menschen bzw. Risiko-Patienten vollzogen oder verabreicht werden. Bei experimentellen Behandlungen ist das Schaffen von Anreizen und erst recht das Mittel von Nötigung strengstens untersagt. Mit den verdeckten Impfwängen und faktischen Erpressungsversuchen, mit Freiheitsberaubungen und dem Schaffen von irrwitzigen Anreizen wie Bratwurst-Happenings oder mittels vom BAG völlig überteuert organisierten Konzertveranstaltungen wurde hier offenkundig mehrfach und wiederholt gegen die Verfassung und gegen diesen für unser Land verpflichtenden Kodex verstossen.

Im Kontext dieses internationalen Vertrags sehen wir uns aber noch mit einem weiteren No Go konfrontiert: Es ist nämlich bei experimentellen Eingriffen von Gesetzes wegen verpflichtend, die Betroffenen über allfällige Risiken und Nebenwirkungen einer Behandlung und/oder der verabreichten Mittel (m. W. sogar schriftlich) hinzuweisen. Dies ist nachweislich nicht geschehen, was (z. B. auch hinsichtlich möglicher Schadensklagen) äusserst heikel ist.

Doch damit noch nicht genug: Die Tatsache schliesslich, dass - wie von euch Politikerinnen und Politikern gefordert und/oder zumindest geduldet - sogar vom Virus weitgehendst ungefährdete Kinder und Jugendliche zur Impfung motiviert oder gar getrieben worden

sind, ist im Grundsatz und in Bezug auf die geltenden Regelungen von experimentellen medizinischen Eingriffen sogar ein gesetzeswidriger Akt; Menschen, die nicht oder kaum gefährdet sind, in eine völlig unzureichend geprüfte Impfung zu treiben und sie damit wesentlich und letztlich medizinisch unbegründet den Gefahren von Neben- und Langzeitwirkungen auszusetzen, ist und bleibt inakzeptabel.

Das sind keine guten Neuigkeiten und es darf uns angesichts dieser Situation also kaum wundern, dass das Parlament und andere politische Institutionen gar kein Interesse daran haben, die Corona-Krise richtig aufzuarbeiten. Eure Passivität ist allerdings umso verständlicher, weil man offenbar für zukünftige Ereignisse aus der zurückliegenden Krise gar keine Lehren ziehen will. Wer sich aber weigert, Fehler einzuräumen, wird dieselben nämlich wahrscheinlich bei der nächsten Gelegenheit wiederholen. Und eine nächste Gelegenheit wird es leider wohl immer geben.

Dieses Verweigern gegenüber einer umfangreichen Untersuchung ist noch befremdlicher angesichts der Tatsache, dass man ja inzwischen zumindest teilweise die Eingeständnisse von Corona-Irrtümern hört - begleitet dann allerdings jeweils mit der unmittelbar folgenden Ausrede, man habe es eben nicht besser gewusst. Dies spielt, wie wir beide wissen, in einem Rechtsstaat allerdings keine Rolle, denn im Rechtsstaat schützt bekanntlich Nichtwissen vor Strafe nicht. Umso irritierender bleibt deshalb die Tatsache, dass in unserem Rechtsstaat die Bundesanwaltschaft in dieser Angelegenheit nicht endlich ermittelt, was inzwischen leider auch Fragen zum Funktionieren unseres Rechtsstaates aufwirft.

Wie stehst Du zu diesen Tatsachen? Und wie beurteilst Du die Notwendigkeit allfälliger Konsequenzen?

Offenkundig unzureichende Sorgfalt

Allen einschlägigen Bestrebungen zum Trotz kann man Impfschäden inzwischen nicht mehr leugnen. Es zeigt sich dabei, dass es bei den Nebenwirkungen offenbar aber grosse Unterschiede gibt, je nach Zeitpunkt, in denen die Betroffenen geimpft wurden. Inzwischen zeigt sich immer offensichtlicher, dass die Impf-Chargen merkliche Diskrepanzen aufgewiesen haben, sodass man inzwischen sogar von problematischen, verunreinigten Chargen sprechen muss; wie es scheint, wurde da von den Herstellern gefuscht, in jedem Fall mit völlig unzureichender Sorgfalt gearbeitet und damit Geld kassiert - zum Schaden von geimpften Bürgerinnen und Bürgern.

Umso erstaunlicher erscheint es dann, dass sich deswegen im Parlament und in Deiner Kommission keinerlei Empörung zeigt und die längst fälligen Fragen an den Bundesrat, an das BAG und an die Hersteller bis heute von euch nicht gestellt wurden. Damit stellen sich auch dem Präsidenten der Kommission für Gesundheit und soziale Sicherheit immer neue Fragen. Zum Beispiel:

- Wie stehst Du zu der offenbar völlig unzureichenden Sorgfalt der Impferstellern?
- Und wo und wie siehst Du die sich aufdrängenden Konsequenzen (z.B. Klage)?

War es doch ein medizinisches Experiment?

Als Präsident der Kommission für Gesundheit und soziale Sicherheit weisst Du auch sicher Bescheid über die jüngste dänische Studie, die nachweist, dass rund ein Drittel der verabreichten mRNA-Impfungen von Pfizer ein Placebo (Kochsalzlösung) enthielten. Auch das wirft wiederum Fragen auf:

- Wie sieht das in der Schweiz aus? Herrschte hier dieselbe oder eine ähnliche Praxis?
- Wird das erforscht, eruiert und ermittelt?

Die dänische Studie impliziert verschiedene Szenarien, vor allem aber wäre das in beiden Varianten verheerend:

Variante 1: Die Betrugsvariante:

Pfizer (und/oder die anderen Hersteller) nahmen Bezahlungen für Ampullen an, die zu einem Drittel gar nicht die vom Hersteller versprochene Impf-Substanz, sondern lediglich billiges und unwirksames Kochsalz enthielten. Angesichts der Mengen von Ampullen wäre hier ein gross angelegter Betrugsversuch zu vermuten, der dringlichst entsprechende Klagen seitens des Bundes erfordern würde.

- Kannst Du mich/uns über den Stand der Dinge bzw. über die Reaktion dieser neuen Entwicklungen seitens des Parlaments und/oder deiner Kommission informieren?

Es bliebe dann im Weiteren auch noch zu erklären, wie die Schweizer Behörden in ihrem behaupteten unbedingten Glauben an die rettende Wirkung des Vakzins dazu stehen, dass die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere auch Risiko-Patienten unter Umständen lediglich mit unwirksamen Kochsalz-Placebos geimpft worden sind. Damit wäre nach eurer Lesart ein Drittel in höchster Gefahr gewesen, da sie mit der verabreichten Kochsalzlösung ja über keinen Impfschutz verfügt haben.

- Du hast Dich wiederholt für die angeblich rettende Wirksamkeit der mRNA-Impfung ausgesprochen; sollte die besagte Studie recht haben, wurden nach Deiner Lesart Hunderttausende durch dieses Placebo einer Gefahr ausgesetzt. Gerne würde ich Deine Stellungnahme dazu hören.

Variante 2: Ein illegales Experiment

Die weltweite mRNA-Impfkampagne erscheint angesichts der in der besagten Studie erkannten Placebos tatsächlich als ein gross angelegter medizinischer Versuch an der nichtsahnenden Menschheit mittels Täuschung; dies hätte eine sofortige Reaktion der Schweizer Regierung bzw. wegen einer möglichen Schädigung der Gesundheit der Schweizerinnen und Schweizer erfordert.

Allerdings ergäbe dies dann bei Variante 2 wiederum zwei Untervarianten unangenehme Fragen:

1. Wurde dieses Experiment mit Zweidritteln Impfschubstanz und einem Drittel Placebo ohne Wissen der Schweizer Gesundheitsbehörden durchgeführt? Wenn ja, dann müsste - da sind wir uns sicher einig - die Schweiz als souveräner Staat sofort Klage erheben. Deine Stellungnahme?
2. Auch die Frage in Bezug auf die erwähnte dänische Studie steht leider im Raum, ob es am Ende gar keine Täuschung gegenüber dem Staat Schweiz war, weil das BAG und/oder der Bundesrat wussten, dass hier auch an der Schweizer Bevölkerung ein weitreichend angelegtes und in allen Teilen hochgefährliches Experiment vollzogen worden ist. Dies wäre dann eine Täuschung der Bevölkerung durch die eigene Regierung. Deine Stellungnahme?

Die Frage drängt sich da förmlich auf: Wurden vielleicht deshalb die Verträge, die der Bund mit den Impfstoffherstellern hatte, sogar für die parlamentarischen Kontrollinstanzen und ohnehin für die Bevölkerung geheim gehalten und auch gegenüber auserwählten Kreisen in weiten Teilen geschwärzt? Sollte denn also der reklamierte Patentschutz von privaten Firmen tatsächlich höher stehen als eine Aufklärung, wenn diese Firmen im Verdacht stehen, entweder nicht geliefert zu haben, was vereinbart worden war oder die Bevölkerung allenfalls sogar zu gefährlichen Experimenten missbraucht worden ist? Wir sind uns sicher einig, lieber Erich, dass dies lediglich eine rhetorische Frage sein kann. Und trotzdem bleiben sogar für Parlamentarierinnen und Parlamentarier und offenbar sogar auch für den Präsidenten der zuständigen Kommission die Vertragspassagen weiterhin geschwärzt.

Deine problematische Äusserung

Besonders problematisch sind aber Deine schriftlichen Äusserungen im Mail vom 15. Mai 2023 in Bezug auf die Thematik von experimenteller Medizin und Testdaten. Du entgegnest mir und meiner Besorgnis m. E. auf äusserst heikle Weise; du weist im besagten Mail nämlich darauf hin, dass durch die „13 Milliarden“ verabreichten mRNA-Impfungen jetzt immerhin „eine enorm breite Datenbasis zur Sicherheit dieses Impfstoffes bestehe“. Diese Formulierung könnte man auch klar als Eingeständnis verstehen, dass es sich bei der weltweiten und nationalen Corona-Impfkampagne tatsächlich um einen grossangelegten Versuch an Menschen gehandelt hat, die darüber aber im Unklaren gelassen worden sind. Jedenfalls rechtfertigst du mit Deiner Formulierung eine allfällige Unbotmässigkeit dieser international ausgerichteten und mit viel politischem Druck verordneten Impf-Kampagne mit dem Gewinn von Datenmaterial. Das erscheint höchst problematisch. Ich habe diesen brisanten Sachverhalt dieser Deiner Äusserung bereits in meinem Schreiben vom 12. Juni dargelegt und Dir sehr lange Gelegenheit gegeben, einer allfälligen Fehlinterpretation Deiner Aussage zu widersprechen. Das hast Du auch nach vier Monaten noch nicht getan - auch nicht im Wissen, dass Deine heikle Aussage in meinem öffentlichen Schreiben wie eben beschrieben dargelegt wurde und dieses Schreiben danach in einer unerwarteten Eigendynamik in grossem Umfang kursiert ist. Das legt nahe, dass Du mit Deinem Schweigen meinen Darlegungen vom 12. Juni und folglich auch dieser hier dargelegten Interpretation zustimmst. Das bedeutet, dass Du damit dieses Experiment auch zwecks Erlangung der von Dir erwähnten „enorm breiten Datenbasis“ billigst.

Und immer neue seltsame Zufälle

Es fallen inzwischen längst auch merkwürdige Koinzidenzen auf. Es bleibt etwa die Frage, ob aus reinem Zufall die gesamte Weltpolitik binnen zwei Wochen in denselben Covid-Modus eingeschwenkt sind und es stellen sich etwa auch Fragen, warum sich der Internationale Währungsfonds IWF überaus aktiv und anscheinend mit Anreizen oder ggf. gar mit einer Drohkulisse für ein weltweites Durchimpfen (dies insbesondere auch in Afrika) engagiert hat; der Zusammenhang zwischen WHO und IMF ist zumindest von der Zielsetzung der beiden Organisationen völlig unverständlich. Wie erklärst Du Dir solche Entwicklungen und Zusammenhänge?

Es tauchen zum ganzen Impf-Drama jetzt auch immer wieder neue interessante Fakten auf, die misstrauisch machen müssen und beunruhigen. So etwa kaufte Bill Gates im September 2019 Biontech-Aktien im Wert von je 18, 10 Dollar, die er dann im November 2021 zu 300 Dollar verkaufen konnte, um damit einen Gewinn von 292'802'202 Dollar zu erzielen. Es bleibt die Frage, ob Bill Gates einmal mehr einfach nur ein ungeheurer Glückspilz war und ob er im September 2019 tatsächlich noch nicht einmal im Ansatz ahnte, dass unmittelbar nach seinem Biontech-Aktienkauf eine Pandemie mit weltweiten Impfwängen folgen und dass dann auch noch ausgerechnet Biontech die angeblich rettende Impfung entwickeln würde.

Das sind alles keine Verschwörungstheorien, sondern überprüfbare Fakten. Klar, Zufälle gibt es immer, aber derlei Zufälle häuften sich im Zusammenhang mit der Corona-Krise bzw. durch die weltweit verfügbaren Massnahmen und auch Dir dürfte bekannt sein, dass es just während der beiden Corona-Jahren in der gesamten Menschheitsgeschichte noch nie eine so krasse Vermögensumverteilung gegeben hat - von unten nach oben.

Machen Dich solche Entwicklungen manchmal nicht auch ein bisschen stutzig? Und müsste man nicht auch deshalb sehr viel kritischer auf die Corona-Krise bzw. diese weltweit aggressiven Impf-Offensiven zurückblicken, ggf. auch mit der Bereitschaft, entsprechende und adäquate Konsequenzen einzuleiten? Und sollte nicht langsam, aber sicher auch in Bern die Erkenntnis reifen, dass man stets und auch in der Politik dem Grundsatz „*follow the money*“ Beachtung schenken muss, um sich bei solchen grossen und sogar erzwungenen Umwälzungen die hier vielleicht dringlichsten aller politische Fragen zu stellen: *Cui bono* - wer profitiert?

Steuergeldverschwendung

Bezüglich eurer Corona-Politik gibt es auch völlig ungeklärte Fragen zu der bereits erwähnten und inzwischen im ganzen Ausmass bekannt gewordenen, gänzlich aus dem Ruder gelaufenen Bestellwut der zuständigen Bundesbehörden in Bezug auf die Impfdosen. Selbst als bei der ohnehin sich dem Ende zuneigenden Krise klar wurde, dass sich eine wachsende (und gewiss auch durch die sich immer deutlich ergebenden Zweifeln geförderte) Impfmüdigkeit breit machte und die zuständigen Behörden (BAG) ja bereits öffentlich die Wirksamkeit der Covid-Impfungen zumindest in Teilen in Frage stellten, bestellte man auch nach der dritten Impfung, dem sog. „*Booster*“, wiederum neue Impfdosen,

und dies in einer völlig abstrusen Menge: Den Angaben zufolge hätte man mit den - notabene mit einem Ablaufdatum versehenen - Impfdosen die gesamte Bevölkerung noch weitere achtmal durchimpfen können. Dies war angesichts der offenkundig stark gesunkenen Impfbereitschaft unter fünfzig Prozent in unserem Land schlicht und ergreifend wahnwitzig.

Du suggerierst aber in Deinem Mail vom 15. Mai, dass aufgrund politischer Immunität politische Fehlentscheidungen weder geahndet werden könnten noch strafrechtlich relevant seien. Warum dem auch bei Verwaltungsentscheidungen in den Bundesämtern so ist, will sich wohl nicht nur mir nicht erschliessen - zumindest, wenn die Fehler ein derartiges Ausmass erreichen. Wenn in anderen Fällen x-Millionen Franken verschwinden, wollt ihr doch im Parlament auch Auskünfte, nur in Bezug auf Covid-19 scheint sich bei euch überall ein bleierner Schleier auf alles zu legen - dies, obwohl ja jene, die nichts Falsches getan haben, bekanntlich nichts zu befürchten haben. Dabei wäre mit einer lückenlosen und schonungslosen Aufklärung viel Vertrauen zu gewinnen und man könnte allfälligen Missverständnissen oder angeblichen Fake News sogar wirkungsvoll entgegenwirken. Gerne hätte ich Dir deshalb ganz konkret die wohl überaus angemessene Frage gestellt, was uns Steuerzahlende denn - erstens - dieser Spass der sinnlos bestellten und nunmehr entorgelten Ampullen gekostet hat; zweitens wäre interessant zu wissen, wer diese Steuergeldverschwendung zu verantworten hat; und es stellt sich - drittens - die Frage, welche Konsequenzen die Verantwortlichen bzw. die Fehlbaren bei derartiger Inkompetenz zu erwarten haben; immerhin werden ja die hohen Saläre in der Bundesverwaltung stets gerne auch mit der angeblich enormen Kompetenz dieser Angestellten gerechtfertigt.

Auch wäre eine Aufklärung betreffend der grotesk überteuert ausgerichteten Impf-Promotions-Konzerte vom Herbst 2021 zu untersuchen. Ich kann gerade hier von Berufes wegen für mich einen gewissen Erkenntnisstand in Anspruch nehmen und weiss darum, mit welchen Summen solche Konzert-Anlässe zu Buche schlagen. Diese Impf-Events waren in ihren Budgets jedoch bar jeder nur vorstellbaren Realität. Darum meine Frage: Wohin sind diese nicht zu rechtfertigenden Summen eigentlich geflossen? Und: Wurde da aufgrund einer Krise aus der Situation heraus rechtswidrig und durchaus amoralisch Profit geschlagen? Und wenn ja, von wem? Mit welchen Konsequenzen? Als Berufsmann mit Treuhand-Background müsste Dich gerade auch Solches in Deiner Kontroll-Funktion als Parlamentarier interessieren. Mehr bzw. Detailliertes zu diesem Thema findest Du übrigens in meinem aktuellen Buch „*Beten ist nicht genug*“.

Fragen zur Zukunft: Das Problem WHO

Die Agenda Covid19 war international, sogar global, was, wie wir beide wissen, massgeblich auch mit der Weltgesundheitsorganisation WHO zu tun hat. Auch die Antworten, die Du mir am 15. Mai bezüglich WHO gabst, waren unzureichend. Darum erlaube ich mir, hier nachzuhaken.

Selbstverständlich ist mir klar, dass gemäss Art. 22 die Mitgliedsstaaten bei WHO-Regelungen mitbestimmen können. Die Frage ist nur, ob das geschieht oder geschehen wird und wer dann mit der WHO überhaupt verhandeln wird und wer denn am Ende hier in

unser aller Namen für die Schweiz entscheidet; dieser Punkt erscheint besonders relevant, weil man wissen müsste, wo und in welcher Haltung diese allfälligen Entscheidungsträger stehen und handeln. Dass man während Corona praktisch sämtliche Vorgaben der WHO widerspruchslos übernommen hat, lässt da nichts Gutes erahnen. Und dass sich Bundesrat und BAG von der WHO sogar zur Urkundenfälschung haben hinreissen lassen (vgl. Erklärung von Bundespräsident Ignazio Cassis in der SRF-Arena vom 6. Januar 2022), ist gerade hinsichtlich unserer WHO-Zukunft äusserst alarmierend. Besorgniserregend erscheint übrigens auch hier das wiederum bleierne Schweigen im Parlament und in den Medien, nachdem der Bundespräsident öffentlich dieses eigentlich ungeheure Geständnis abgelegt hat.)

Alarmierend ist auch die Tatsache, dass der deutsche Bundestag diesem Vertragswerk mit über 70 Prozent bereits zugestimmt hat. Die Folgen sind klar: Es wird dann wohl alsbald in Bundesbern heissen, dass der internationale Druck so gross gewesen sei, dass man dem Vertrag halt auch habe zustimmen müssen. Ich bin mir sicher, dass auch Dir diese Argumentationsbasis ebenfalls sehr bekannt vorkommt. Es fragt sich also gerade deshalb erst recht, wie es um die diesbezügliche Stimmungslage unter der Bundehauskuppel beschaffen ist

Wir kennen beide den Text dieses Vertrags, der der WHO - erstens - freie Hand lässt, Ernstfälle nach eigenem Gutdünken zu definieren; dieser von der WHO definierte Ernstfall würde dann - zweitens - der WHO ungeheure Befugnisse geben, die dann sogar über der Schweizer Verfassung stünden; auch erhielte die WHO - drittens - das Recht, den gesamten Informationsfluss, sogar die öffentliche Debatte zu bestimmen und es stünde dieser privaten Organisation - viertens - auch jederzeit zu, Klimapolitik zu betreiben und entsprechende Anordnungen (inkl. Beschränkungen) anzuordnen - selbst solche, die den von der Schweizer Verfassung garantierten Rechten widersprechen.

Mich hätte darum die Haltung im Parlament und in Deiner Kommission interessiert und nicht der Hinweis auf irgendein WHO-Artikel, der dann ohnehin ausgelegt werden würde, wie es gerade zu-passkommt. Darum konkret:

- Wie steht der Präsident der Kommission für Gesundheit und soziale Sicherheit zu diesen Fragen?

Fragen zur sozialen Sicherheit

Wir leben in unruhigen Zeiten und in entsprechender Weise stehen auch im Zuge der Wahlen vom Herbst weitere Themen an, die immer mehr auch die soziale Sicherheit unseres Landes betreffen. Du scheinst hier ebenfalls der richtige Ansprechpartner zu sein, denn Du präsidierst ja eine Kommission, die nicht nur die Fragen der Gesundheit, sondern auch jene der sozialen Sicherheit vertritt.

Nicht nur zur Gesundheitspolitik, sondern auch auch bezüglich der sozialen Sicherheit drängen sich aber immer mehr Fragen auf:

- Wie kommt es, dass bezüglich der Gesundheitskosten und der Krankenkassenprämien noch immer exakt dieselbe Diskussion läuft, wie es sie schon 2007 gab, als ich für den Nationalrat kandidiert habe? Man muss ernüchternd konstatieren: Offensichtlich hat sich bis heute nichts also noch nichts verändert beschweige denn verbessert.
- Wie stehst Du zu den jüngst auftretenden Vorschlägen, mittels einer Zweitklassen-Medizinversorgung eine Kostenbremse zu erwirken? Ich habe von Dir hierzu (wie auch zu so vielem anderem bis anhin auch) noch keine Stellungnahme gehört...

Ich habe ja bereits eingangs des Briefes erwähnt, dass der Ärger, aber auch die Beunruhigung und die Besorgnis in der Bevölkerung zurzeit wegen der ständig steigenden Kosten und der ständig schwindenden Kaufkraft gross sind; das kann man unschwer etwa auch in den Diskussionen in den sozialen Netzwerken oder anhand der publizierten Leserbriefen feststellen. Dies gilt umso mehr, da ja von Seiten der Politik auch noch verlautbart wurde, dass in den kommenden Jahren mit noch weiteren, in der Höhe kaum absehbaren Kostensteigerungen bei den Krankenversicherungen zu rechnen sei - und Alain Berset verkündete das schon beinahe mit gleichgültiger Miene - eben so, als habe er, als habe man sich mit der Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung schon längst abgefunden.

Doch mit den Prämiensteigerungen hat es sich längst noch nicht, denn hinzu kommen dann ja noch weitere Steuerlasten, denn immer mehr Bürgerinnen und Bürger werden Prämienverbilligungen beantragen müssen, weil sie die ständig steigenden Kosten selbst nicht mehr allein stemmen können. Diese neuen Subventionen aber werden selbstredend die Staatsausgaben und in der Folge den Fiskus weiter in die Höhe treiben und das wiederum wird sich zwangsläufig in einer höheren Steuerbelastung niederschlagen (z. B. mit einer möglichen weiteren Erhöhung der Mehrwertsteuer). Dass damit die Kaufkraft und letztlich auch die Vermögen der Bürgerinnen und Bürger durch immer höhere sozial- und Gesundheitsausgaben minimiert wird, ist logischerweise auch der Binnenwirtschaft nicht zuträglich.

Coronas-Kosten und der Verwaltungsaufwand

Der aktuelle Prämienschock - ich habe ihn zu Beginn des Briefes bereits erwähnt und beziffert - weist in eine unheilvolle Richtung und offenbart unbefriedigende Zustände, auch, weil es und hier die Jahre währende Untätigkeit der Politik vor Augen führt. Das zeigt sich etwa auch daran, wie bei der aktuellen Verteuerung des Gesundheitswesens tunlichst der finanzielle Aufwand für die noch nicht lange zurückliegende Covid-Agenda verschwiegen und ausgeklammert oder zumindest marginalisiert werden. Die im Hinblick auf Wirksamkeit und Verlässlichkeit wissenschaftlich bereits damals höchst umstrittenen Corona-Tests etwa, die uns allein 1,7 Milliarden Franken gekostet haben, halfen kaum bei der Kostenminimierung im Gesundheitswesen. Die Kantone beteiligten sich mit rund 2,5 Milliarden Franken an den Impfungen und die Prämienzahlerinnen und -zahler wurden mit Kosten von rund 900 Millionen Franken für stationäre Behandlungen und 380 Millionen Franken für Impfungen belastet. (Quelle: Régis Ecklin, Weltwoche vom 21. September; sollten diese Zahlen falsch sein, danke ich Dir für eine entsprechende Korrektur.

Auch völlig überzogene Saläre für 50 Krankenkassen-CEOs., die sich immerhin zwischen 956'486 und 472'552 Franken bewegen (Quelle: Iwan Städler, Tages Anzeiger vom 23. Mai 2023) und die zusätzlichen fürstlichen Honorare der Verwaltungsräte der Krankenversicherungen (da weisst Du ja aus eigener Anschauung sicher Bescheid) dürften zudem ebenfalls kaum hilfreich sein, die Kosten im Gesundheitsbereich endlich zu deckeln. Klar sind die Krankenkassen (KK) nicht das Hauptproblem und auch eine simple Einheitskasse birgt keine Lösung des Problems. Aber das Vorhandensein eines halbes Hundert KK können ganz gewiss nur wenig zur Lösung beitragen und jeder Kostenfaktor leistet letztlich einen Beitrag zur Kostenminimierung.

Natürlich kommt jetzt wahrscheinlich der Einwand, dass der Verwaltungsaufwand nur einen minimalen Teil der Gesundheitskosten ausmachen würde und auch Du hast Dich jüngst m. W. in den Medien dahingehend verlauten lassen, dass die Lohnkosten für die Krankenkassen-CEOs und deren Verwaltungsräte, zu denen du ja auch gehörst, vernachlässigbar seien. Isoliert betrachtet und für sich genommen bleibt letztlich aber fast alles allein und für sich unwesentlich, im Zusammenspiel jedoch, das wissen wir beide, spielen alle Faktoren eine Rolle - und dies sowohl im Hinblick auf die effektiven Kosten als auch hinsichtlich der Gesetzmässigkeit von Ursache und Wirkung. Zudem geht es auch um die Symbolik: Wenn Volksvertreterinnen und Volksvertreter privat über die Gebühr vom gegenwertig herrschenden Gesundheitssystem profitieren und deren Vorteil dann durch die für die Bevölkerung zunehmend ungemütlichen Entwicklungen noch nicht einmal in irgendeiner Weise tangiert werden, wird es schwierig, von den Bürgerinnen und Bürgern Geduld und Akzeptanz einzufordern.

Ich wundere mich deshalb eigentlich kaum mehr, wie bei jedem Anlauf, die Gesundheitskosten zu senken, die vorgeschlagenen Massnahmen am Ende angeblich nur unwesentlich zu einer Verbesserung beitragen würden, weshalb man es dann gleich beim Alten belässt, mit den entsprechenden und bekannten Folgen. Aber vielleicht spielen die angeblich kleineren Beiträge wohl vor allem dann keine Rolle, wenn die Entscheidungsträger persönlich selbst zu Nutzniesser der Situation gehören und dies auch noch bei einer zunehmenden Verschlechterung des Systems unbetroffen bleiben.

Keine guten Aussichten

Das eigentliche Hauptproblem an den ständigen und offenbar nicht zu stoppenden Kostensteigerungen im Gesundheitswesen ist jedoch indessen längst bekannt: Das Lobbying nämlich, das im Bundeshaus die Politik zu machen scheint - Zustände, die der Präsident Deiner Partei, Gerhard Pfister, letztes Jahr als „*Paradies für Geldgierige*“ geißelt hat.

Die Ursache des Problems ist allerdings schnell benannt: Niemand kann nämlich zweien Herren dienen; ein Volksvertreter kann in den meisten Fällen nicht die Interessen des Volksvertreten und gleich-zeitig als Lobbyist oder Verwaltungsrat auch die Interessen von privaten Unternehmen, die ja naturgegeben eine Gewinnmaximierung verfolgen.

Die Sonntagszeitung (Tamedia) vom 1. Oktober 2023 hat die erschreckenden Zustände offengelegt und beschrieben, wie diesbezüglich in National- und Ständerat gefuhrwerkert wird und wie auch in Deiner Kommission private Partikularinteressen jede Möglichkeit, drastische Senkungen zu erzwingen, sabotieren.

Laut Berechnungen der NZZ bezahlt im nächsten Jahr eine durchschnittliche Familie 1'000 Franken höhere Gesundheitsprämien. Laut der unabhängigen Internet-Newsplattform InfoSperber sind die Kosten für die soziale und obligatorische Grundversicherungen der Schweiz pro Kopf inzwischen höher als bei Vergleichsländern wie den Niederlanden, Dänemark, Schweden oder Norwegen. Laut des Portals würden die Profiteure dieses 40-Milliarden-Kuchens und angediente Politikerinnen und Politiker die hohen Kosten gerne einfach mit der Alterung der Bevölkerung, technischem Fortschritt oder mit zu vielen Leistungen entschuldigen - dies völlig zu Unrecht, wie das News-Portal betont.

Wie dem auch sei: Ein immer grösserer Teil der Bevölkerung wird diese offenbar unabwendbaren Entwicklungen irgendeinmal nicht mehr selbst bzw. nur noch unterstützt durch die Öffentlichkeit tragen können. Das Resultat ist ein immer weiter erodierender Mittelstand und zunehmend auch soziale Abstiegsängste, die als Stressfaktor wiederum der Gesundheit ganz sicher nicht zuträglich sind - was dann die von euch Politikerinnen und Politikern oft so gern beschworenen Gesundheitsprävention ad absurdum führen wird. Zu den steigenden Gesundheitskosten kommen weiter noch steigende Energiekosten und immer höhere Mietkosten, die angesichts der durchaus künstlichen Baulandverknappung und/oder des Bewilligungswahnsinns, der im Falle von verdichtetem Bauen kaum mehr Grenzen zu kennen scheint, auch weiter ansteigen werden. Und wahrscheinlich kommen bald auch weitere Belastungen durch zusätzlichen Klima-Abgaben hinzu und am Ende auch noch einen weiteren Obolus für das Berappen eines weiter ausgebauten Kontrollapparats, der ja letztlich auch finanziert sein will.

Wir sollten keinesfalls zu Übertreibungen oder gar zur Panik neigen. Und natürlich, im Vergleich zu anderen Ländern geht es uns (noch) gut. Aber wir sollten nichts für einfach gegeben betrachten. Wie schnell es kippen kann, erleben wir inzwischen tagtäglich bei unserem nördlichen Nachbarn. Ich will den Teufel nicht an die Wand malen, aber die Tendenzen erscheinen zurzeit in vielerlei Hinsicht nicht sehr positiv. Und sollte das Brot - frei nach Marie-Antoinette - irgendwann tatsächlich knapp werden, wird sich ein Grossteil der Bevölkerung kaum mit Kuchen zu helfen wissen.

Abschliessende Gedanken

Auf kreative Lösungsvorschläge aus dem Parlament und/oder der zuständigen Kommission warten wir auch angesichts der sich abzeichnenden Problemverschärfungen vergebens; im Gegenteil vermitteln die politisch Verantwortlichen oft sogar den Eindruck, als seien die aktuellen und in Teilen zunehmend beunruhigenden Entwicklungen tatsächlich auf die Folgen einer naturgegebenen Katastrophe oder auf das Wirken einer höheren Gewalt zurückzuführen, auf die man keinen Einfluss habe. Doch dem ist natürlich keineswegs so, denn jeder Status quo und alle gegenwärtigen Entwicklungen sind die Folgen von

politischen Entscheidungen (und mitunter mitspielenden privaten Interessen), letztlich also die Folgen einer politischen Agenda.

Gerade die Corona-Politik zeigt m. E., wie sehr wir sogar in unserem direkt-demokratischen Land im Diskurs zum Teil und bisweilen den politischen Kompass verloren haben. Dabei ist mir klar (und es ist bezeichnend), dass man in gewissen Kreisen bereits findet, man solle mit dem Covid-Thema einfach abschliessen, denn was vorbei sei, sei vorbei. Auch Politikerinnen und Politiker wollen jetzt lieber „vorwärtsschauen“, statt sich zu den begangenen Fehlern zu bekennen und die allenfalls sich aufdrängende bzw. nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Wie tief das Schamgefühl gesunken ist, zeigt etwa, dass Leute wie Greta Gysin oder Andreas Grossen, die bei ihrem Propagieren von Schikanen für nicht Impfwillige keine Schranken kannten und sich in Verlautbarungen verirrten, die tatsächlich aus einer anderen und dunklen Zeit zu stammen schienen, ohne Scham und Reue für den 22. Oktober wieder antreten. Und auch die Tatsache, dass ein Mann, der den zu Beginn dieses Schreibens erwähnten populistischen Unsinn in der Fernseh-Arena von sich gab, auch noch ernsthaft als Bundesratskandidat gehandelt wird, spricht Bände. Nicht minder befremdlich, dass der aktuelle neue Bundesratsaspirant Jon Pult jetzt auch noch behauptet, mit wirklich allen gut reden zu können - mit allen, ausser mit Impfskeptikern eben, gegen die auch er in äusserst gehässiger Manier gehetzt hat. Dies und vieles mehr wird nicht nur mir in bester Erinnerung bleiben.

Sollten wir eine Verantwortlichkeit gegenüber unserem Land, dessen Verfassung und dessen Rechtsstaatlichkeit empfinden, kann nach einer derart tiefgreifenden Krise ein Vergessen ganz sicher keine Option sein. In einem Rechtsstaat galt nämlich noch nie, dass Zurückliegendes ohne Bedeutung ist und vergangene Fehler einfach ignoriert werden können. Auch die Ausrede, man habe es halt nicht besser gewusst, greift nicht, denn, wie bereits eingangs erwähnt, gilt, dass Nichtwissen im Rechtsstaat vor Strafe nicht schützt. Man kann sich in diesem Kontext etwa auch fragen, wie es wohl ankäme, wenn die katholische Kirche angesichts der Missbrauchsfälle verkünden würde, man solle jetzt besser vorwärtsschauen und das Vergangene einfach ruhen lassen. Käme es da jemandem in den Sinn, den Missbrauchsoffern zu sagen, sie sollen endlich Ruhe geben und halt einfach vorwärtszublicken, weil es ja nichts bringe, in der Vergangenheit zu wühlen? Wer angesichts der Corona-Politik und deren Auswüchsen und des Impacts, den die Massnahmen und insbesondere die Zertifizierung politisch, wirtschaftlich und psychisch verursacht haben, ein solches Vergessen fordert, hat leider wenig verstanden, am allerwenigsten den Lauf der Geschichte, denn eine solche Bequemlichkeit wird sich früher oder später nämlich immer rächen.

Diese Unlust zur Selbstreflexion zeigt auch die nahezu erschütternde Tatsache, dass Du Dich aktuell mit allen Deinen Kolleginnen und Kollegen im Ständerat gegen die Initiative für *Freiheit und Recht auf körperliche Unversehrtheit* gestellt hast. Das bedeutet wohl nichts anderes, als dass sich Parlament und Bundesrat alle Wege offenhalten wollen, bei einer nächsten Gelegenheit etwa doch noch eine mNRA-Impfpflicht einzuführen, zum Beispiel, wenn die WHO aufgrund von wiederum (wie 2014) abermals gesenkten Grenz-

werten eine Pandemie ausruft und deren Mitglieder zu Massnahmen drängt oder - je Stand der nach Vereinbarung - sogar zwingen kann. Allein, kein vernunftbegabtes Wesen spricht sich gegen ein Recht auf körperliche Selbstbestimmung und Unversehrtheit aus - ausser offenbar eben, man sitzt im Schweizer National- oder Ständerat.

Dass Du und Deine Kolleginnen und Kollegen euch am 21. September übrigens noch nicht einmal zu einem Gegenvorschlag durchringen konntet macht auch eine andere Botschaft klar: Alles, was auch nur entfernt aus impfskeptischen Kreisen kommt, wird von euch auch weiterhin bachabgeschickt werden. Doch es zeigt auch, dass es bei Dir und Deinen Kolleginnen und Kollegen kein Eingeständnis der Fehler und Irrungen, die 2020 und 2021 geschehen sind, zu geben scheint - noch nicht einmal bei jenen, die längst bewiesen und/oder eingeräumt werden mussten. Dabei geht es bei dieser Initiative sicher nicht bloss um das Verhindern einer drohenden Impfpflicht; mit der von euch nun befürworteten Praxis stehen auch Tür und Tor offen, andere medizinische Zwangsmassnahmen und Zwangsbehandlungen behördlich anzuordnen, etwa dann, wenn man Patienten eine fehlende Urteilsfähigkeit attestiert. Dies geschieht (etwa im Bereich von Traumata oder Depressionen) oft viel schneller als man denkt; der Arzt erhält damit einen Freifahrtsschein, nach eigenem Gutdünken zu handeln und dabei den Willen der Betroffenen zu ignorieren. Wollen wir das? Und willst Du das wirklich?

Dein Erklärungsbedarf ist bzw. wäre offensichtlich und er ist gross. Aber aufgrund der gemachten Erfahrungen wirst Du Dich wahrscheinlich auch dieses Mal gar nicht oder nur in höchstens unbefriedigender Weise äussern. Gerade im Hinblick auf den Umstand, dass Du nach dem 22. Oktober in stiller Wahl gewählt wieder nach Bern reisen darfst, benütze ich deshalb die Gelegenheit, Dich darauf hinzuweisen, dass eine umfassende Beantwortung meiner Fragen vom 12. Juni noch immer ansteht. Aufgrund der vielen Reaktionen weiss ich nämlich inzwischen, dass eine respektable Anzahl von Obwaldnerinnen und Obwaldnern meine Zweifel teilen und dieselben Fragen ebenfalls auf ihrem Schirm haben und von Dir jene Antworten erwartet hätten, die Du mir bzw. uns auch nach vier Monaten schuldig geblieben bist. Ich bedaure das sehr.

Mit freundlichen Grüssen



Luke Gasser